

Beiblatt zum Antrag (zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen)

Die Erhebung der personenbezogenen Daten erfolgt gemäß § 6 FZV, § 34 Abs. 1 und 2 i.V. mit § 33 Abs. 1 und 2 StVG, §§ 30, 31 und 32 FZV sowie §§ 90, 93 und 149 AO. Der Antrag gilt zugleich als Kraftfahrzeugsteuererklärung im Sinne des § 3 KraftStDV.

I. Einverständniserklärung bei Zulassung auf eine Vereinigung

Als gleichberechtigte Gesellschafter, der

Name der Vereinigung (z.B. GbR)

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort (ggf. sinnvoll kürzen)

erklären wir

Person 1
Name
Vorname
Geburtsdatum und -ort
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Person 2
Name
Vorname
Geburtsdatum und -ort
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Person 3
Name
Vorname
Geburtsdatum und -ort
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

uns damit einverstanden, dass das Fahrzeug auf die im Antrag als Fahrzeughalter angegebene Person (benannter Vertreter) zugelassen werden darf. Die Ausweise und jeweiligen Gewerbeanmeldungen liegen dem Antrag bei.

Unterschrift*
X

Unterschrift*
X

Unterschrift*
X

*Die Unterschrift muss zwecks Identifizierung mit der auf dem Ausweis übereinstimmen.

II. Einverständniserklärung bei Zulassung auf eine minderjährige Person (gesetzlicher Vertreter)

Als gesetzliche Vertreter sind wir (Erziehungsberechtigte) bzw. bin ich als allein Sorgeberechtigte/r oder Vormund mit der Zulassung des Fahrzeugs auf die im Antrag als Fahrzeughalter angegebene minderjährige Person einverstanden.

Person 1
Name
Vorname
Geburtsdatum und -ort
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Person 2
Name
Vorname
Geburtsdatum und -ort
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Besteht alleiniges Sorgerecht oder ist jemand anderes als ein Elternteil alleiniger gesetzlicher Vertreter, ist dies nachzuweisen (Negativzeugnis, Sorgerechts- oder Gerichtsbeschluss, Bestallungsurkunde).

Als Vertreter der minderjährigen Person wird Person 1 im Fahrzeugregister als gesetzlicher Vertreter gespeichert. Das bedeutet, dass sich diese zur Übernahme der persönlichen Haftung für alle aus der Zulassung des Fahrzeugs ergebenden Folgen erklärt und stellvertretend behördliche Schreiben, polizeiliche Ladungen etc. zugestellt werden.

Unterschrift*
X

Unterschrift*
X

*Die Unterschrift muss zwecks Identifizierung mit der auf dem Ausweis übereinstimmen.

III. Empfangsbevollmächtigter gemäß § 46 Abs. 2 Satz 2 FZV

Empfangsbevollmächtigter
Name
Vorname
Geburtsdatum und -ort
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Als Empfangsbevollmächtigter bin/sind ich/wir mir/uns bewusst, dass mir/uns stellvertretend für den im Antrag als Fahrzeughalter eingetragenen Person behördliche Mitteilungen, Ladungen und Zustellungen (auch der Polizei und des Gerichts) bekannt gegeben oder zugestellt werden, welche ich/wir unverzüglich an den Halter des Fahrzeugs bzw. des Kurzzeitkennzeichens weiterleiten muss/müssen. Zwischen beiden Personen sollte daher ein **Vertrauensverhältnis** bestehen. Mit der Zustellung von Mitteilungen an den Empfangsbevollmächtigten beginnen behördliche Fristen zu laufen, nach deren Ablauf für den Fahrzeughalter Rechtsverluste drohen können. Ein Widerruf der Empfangsvollmacht muss durch den Fahrzeughalter erfolgen, welcher gegenüber der Zulassungsbehörde einen Neuen benennen muss. Für eine reguläre Zulassung ist weiter Voraussetzung, dass das Fahrzeug seinen Standort in der Bundesrepublik Deutschland haben muss. Der Standort ist entsprechend nachzuweisen (z.B. aktueller Grundbuchauszug, Mietvertrag etc.). Bei Umzug des Empfangsbevollmächtigten in einen anderen Zuständigkeitsbereich ist bei zugelassenen Fahrzeugen die Ummeldung des Fahrzeugs notwendig. Für die Zuteilung eines Ausfuhrkennzeichens bzw. Kurzzeitkennzeichens ist kein Standortnachweis im o.g. Sinne notwendig.

Unterschrift*
X

*Die Unterschrift muss zwecks Identifizierung mit der auf dem Ausweis übereinstimmen.